

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint am allen Werktagen nachmittags 6 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. Einzelnummern 10 Pf. Alle Postanfragen und Bestellungen, unfern Dresden u. jeder Zeit Bestellungen entgegen, sind zu richten an den Verleger, Herrn Dr. Wilsdruff, Postfach 2640, Dresden. Der Preis des Abbestellens beträgt 10 Pf. pro Woche. Die Abbestellung erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.



Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Raumzeile 20 Pf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichsmark, die 2-spaltige Reklameweile im letzten Teil 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichsmark. Die 2-spaltige Reklameweile im letzten Teil 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichsmark. Die 2-spaltige Reklameweile im letzten Teil 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichsmark. Die 2-spaltige Reklameweile im letzten Teil 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichsmark.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 270 — 92. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresdner Postfach: Dresden 2640 Sonnabend, den 18. November 1933

Bewegende Kräfte.

Die Tat der 40 Millionen — Binnenmarkt u. d. Ausfuhr. Der Mann hinter dem Ladebrett.

Das deutsche Volk hat in reiflicher Überlegung gesprochen, — und es mag der Ton eines leichten Bedauerns in der Äußerung des französischen Ministerpräsidenten Sarraut mitgeschwungen haben, es sei nicht mehr möglich, das neue Deutschland gegen ein anderes Deutschland auszuspielen. Obgleich man das vorher wissen konnte, sagte Herr Sarraut der französischen Deputiertenkammer. Aber er hat auch gleich hinzugefügt, daß der immer wieder erhobene Ruf Deutschlands nach der Gleichberechtigung sich nicht mehr bloß eine Kauf der Abrüstungskonferenz erhobene Forderung, sondern nun zu einer geschichtlich bewegenden Kraft geworden sei. Und er schloß im Hinblick auf diese Stimmgabe eines 65-Millionen-Volkes, daß Frankreich „loyal und ehrlich die Frage der Gleichberechtigung regeln müsse“. Wir wiederholen: „loyal und ehrlich“, — und das würde doch nichts anderes heißen als das, was Adolf Hitler schier unzählige Male den Franzosen gesagt, ihnen als das Ziel seiner Politik bezeichnet hat: Nicht „verständige“ wollen wir Deutsche uns mit den Franzosen, sondern verbündet! Das Offenhalten der Bünden, die der Krieg und die Nachkriegszeit geschlagen haben, kann doch ebensowenig Sinn einer vernünftigen Politik sein wie das ständige Hinschauen darauf, ob man auch genug moderne oder hypermoderne Kriegsmittel zum Schutz der angeblich bedrohten Sicherheit besitzt. Frankreich wünscht, daß Deutschland den richtigen Platz im Konzert der Nationen habe, hat man aus dem Munde des französischen Ministerpräsidenten gehört, und er sprach von einer Politik der „internationalen Solidarität, die darauf abzielt, allen Völkern die gleiche Sicherheit zu gewährleisten“. Das sind Töne, die doch fühlen lassen, daß sich die Tat der 40 Millionen am 12. November 1933 — merke die diesen Tag, deutsches Volk! — langsam zwar und allmählich, doch schon fühlbar auszuwirken beginnt als eine „geschichtlich bewegende Kraft“. Und wenn man aus England jetzt eine politisch bedeutsame Stimme hört, daß die Deutschland versprochene Gleichberechtigung nicht bloß fällig, sondern jetzt, 15 Jahre nach Ende des Krieges, sogar überfällig sei, so darf man nur hoffen, daß endlich auch die Staatsmänner selbst sich durch jene Kraft bewegen lassen, deren Ursprung der 12. November 1933 ist, und daß sie die kleinen oder nichts hinzulernenden Klaffen bellen lassen.

Trotz des Scheiterns der Weltwirtschaftskonferenz und daraufhin rasch noch steigender, immer höher sich türmender Hindernisse im internationalen Güteraustausch, — man hat es sich schon fast angewöhnt, das Wort „Weltwirtschaft“ mit einem gewissen Achselzucken auszusprechen —, trotz der diesen Güteraustausch überall erschwerenden Währungsverschiebungen in einem großen Teil der Welt, trotz der rasch und gefährlich sich verschärfenden politischen Spannungen ist seit dem Juli d. J. die deutsche Ausfuhr in erfreulich gutem Anstieg. Es heißt doch „allerhand“, wenn es der deutschen Exportindustrie im Verein mit dem Außenhandel gelungen ist, in den ersten zehn Monaten dieses „handelsfeindlichen“ Jahres für über vier Milliarden deutscher Waren an das Ausland zu verkaufen! Warenwerte für vier Milliarden Mark, — das bedeutet Arbeit, Lohn und Brot für Millionen von Arbeitern und Angestellten in Deutschland und für weitere Millionen ihrer Angehörigen die Erhaltung der Lebensgrundlagen. Sicherlich ist nicht zu erwarten, daß beim deutschen Export durch eine lebhaft steigende auch eine entsprechend starke Entlastung des Arbeitsmarktes in absehbarer Zeit eintreten wird, schon deswegen nicht, weil die deutsche Wirtschaft heute nur etwa zwölf Prozent ihrer Erzeugung an das Ausland verkaufen kann, — aber es ist doch eine Großtat der deutschen Exportindustrie und des Außenhandels, daß sie die Kraft besaßen, ihre Positionen im Ausland nicht bloß zu verteidigen, sondern sie noch zu erweitern. „Binnenmarkt und Ausfuhr“ war Adolfs Hitlers Parole in der Regierungserklärung vom 23. März. Und diese Parole hat uns wirtschaftlich aus der Tiefe wieder herausgebracht.

Bewegende Kräfte verneinen nicht, sondern besäßen. Das Ja der 40 Millionen Deutscher geht darum über ein politisches Wollen hinaus. Es bedeutet eine Lebensbejahung für alles Streben und Arbeiten und in allen Teilen des deutschen Volkes. In allen seinen zu Berufsständen sich bildenden Gliederungen. Dieser Wille kommt zu äußerlich sichtbarstem Ausdruck in den Tagungen. So wird auch der Tag des Handels in Braunschweig den Willen zum Wiederaufbau dieses Teiles unserer Wirtschaft zeigen. Nicht ein „Begriff“ ist es, der dort sprechen wird, sondern stärkste Wirklichkeit im täglichen Leben jedes einzelnen, ein unmittelbar uns alle umgebendes. Aus allen Haushaltungen, aus dem Einkommen jedes einzelnen führen die kleinsten und kleinsten Kanäle zusammen nach dem großen, breit dahinslutenden Strom

Der Völkerbund auf dem Abstellgleis.

Ein letzter englisch-französischer Rettungsversuch. In der europäischen Politik scheint sich nunmehr endlich die seit Jahren so nötige Verlagerung des Schweregewichts der Verhandlungen anzuländen. Man darf die hochbedeutende Berliner Besprechung des Reichskanzlers mit dem polnischen Gesandten, die die vorläufige Abmachung über den gegenseitigen Gewaltverzicht als Ergebnis hatte, als einen ersten Anfang dazu ansehen. Wie sehr die Welt von diesem diplomatischen Schachzug überrascht war, zeigten ja schon die ersten ärgerlichen Gegenaufregungen aus Paris, wo man sich nicht nur sozusagen aufs tote Geleis geschoben, sondern auch die ständigen Behauptungen Frankreichs von der Unmöglichkeit der Verhandlung zu zweien durch ein ebenso einfaches wie erfolgreiches Beispiel widerlegt und sich damit blamiert fühlte. Inzwischen hat man es in Paris angefaßt, das allgemeine Ersauern der Welt über diese unzeitwillige Demaskierung Frankreichs denn doch für gewisser gehalten, eine „Befriedigung“ vorzugeben. Man hält sich schadlos, indem man

der polnischen Regierung einen Wischer erteilt: man habe mit Bedauern festgestellt, daß Polen „eigene Wege eingeschlagen“ habe. Das wird die Stimmung in Warschau für den Bundesgenossen an der Seite nicht gerade verbessern, nachdem jenes erste Echo aus Paris bei der polnischen Regierung nicht gerade einen angenehmen Eindruck hinterlassen hatte.

Während dieses west-östlichen Gepänkels hat sich der englische Außenminister Sir John Simon, der bekanntlich mit seiner Genfer Erklärung den letzten Anstoß zum Austritt Deutschlands gab, in den Schnellzug nach Paris gesetzt. Dort steigt der französische Kollege Paul-Boncour zu ihm ein. Beide fahren — auf dringliches Verlangen des trotz Drohung noch immer nicht zurückgetretenen Präsidenten der „Abrüstungskonferenz“, Henderson —

zusammen nach Genf und tun unterwegs das, was England und Frankreich noch vor jeder Konferenz getan haben: sie einigen sich über das, was sie nachher den anderen als gemeinsame Forderung vorsehen zu können glauben. In London, wo man sich bisher gern als den ehrlichen Waffler aufspielt, ohne danach zu handeln, stellt man sich so, als sei mit dieser tausendsten Wiederholung einer Fahrt in das völlig diskreditierte Genf schon irgend etwas Bemerkenswertes geschehen. Man weiß natürlich in London genau so gut wie sonstwo in der Welt, daß in Genf ohne Deutschland, Amerika, Japan und Rußland praktisch nichts erreicht werden kann; diese Länder gehören nicht dem Völkerbund an, er vertritt also ohne diese vier Großmächte nicht mehr „die öffentliche Meinung der Welt“, wie der französische Ministerpräsident Sarraut wider besseres Wissen behauptete.

Daß man sich auch in Kreisen der englischen Regierung von einer Fortsetzung des heuchlerischen Genfer „Abrüstungs“-geschwätzes tatsächlich nichts mehr verspricht, geht u. a. daraus hervor, daß man bereits der Anregung Mussolinis zufolge

Rom als weiteren Verhandlungsort vorgesehen hat. Rom sei, so schreibt dazu der Londoner „Daily Telegraph“, sehr geeignet, da die Anwesenheit Mussolinis fast unerlässlich und „auch Hitlers Anwesenheit äußerst erwünscht“ sei. Die italienische Regierung hat ja mit ihrer Meinung über das so in Verzug geratene Genf in seiner Weise hinter dem Berge gehalten. Soeben liest man wieder in dem halbamtlichen „Popolo d'Italia“: „Die Genfer Verhandlungen sind zu einem zwecklosen Geschäft geworden, und der voreilig gegründete Völkerbund hat nur dazu gedient, die Gegensätze in der europäischen Politik noch schärfer aufzuzeigen.“

Macdonald erhofft wieder die Neuerörterung seines bekannten Abrüstungsplanes, den die Reichsregierung feinerzeit als Verhandlungsgrundlage angenommen hatte. Seitdem sich Frankreich durch seine

des Gesamtverbrauchs, und umgekehrt wieder verteilt sich durch diese kleinen Kanäle die Gesamtmasse der Erzeugung mit Hilfe des „Mannes hinter dem Ladentisch“ bis zum letzten Verbraucher. Darum ist die Aufgabe des Handels nicht etwa nur eine privatwirtschaftliche Leistung jedes einzelnen Mitgliedes dieses Berufsstandes, sondern umschließt die Pflicht des Dienstes am Volk. In Gustav Freytags bekanntem Roman „Soll und Haben“ sagt der sich seiner Pflicht bewußte „böhmische“ Kaufmann, daß es „nicht auf die Waren ankomme, weil sie einen Geldwert darstellen, sondern weil sie ein Teil des Volksvermögens seien“, das zu hüten und zu verwalten Aufgabe des Kaufmanns sein muß. Dr. Pr.

sture Gewaltpolitik aus der europäischen Diskussion zunächst einmal ausgeschlossen zu haben scheint und infolge der höchst kritischen Lage der Regierung Sarraut auch nicht voll attentionsfähig ist, wird es nicht zuletzt an England liegen, wenn bei den neuen Abrüstungsbesprechungen endlich etwas Ernstliches herauskommen soll.

Frankreich gegen die englischen Absichten in Genf?

Paris, 17. November. Der französische Außenminister Paul-Boncour reist am Freitagabend in Begleitung Raffinelli mit demselben Zuge wie Sir John Simon nach Genf ab. In diesem Zusammenhang erklärt der Temps, es könne keine Rede von neuen Zugeständnissen sein unter dem Vorwand, eine Rückkehr Deutschlands zur Konferenz zu fördern. Welche Prozedur man auch anwende, so wären solche Anregungen vollkommen unzulässig. Wenn die Engländer der Ansicht seien, daß sie nicht durch neue eigene Verpflichtungen die von anderen zustehenden Opfer zur Lösung des Problems bezahlen könnten, so müßten sie verstehen, daß Frankreich zu neuen Opfern nicht bereit sei, ohne eine erst zu nehmende Gegenleistung für die allgemeine Sicherheit.

Neue französische Vorschläge für die Abrüstungskontrolle.

Die französische Regierung hat dem in Genf tagenden Kontrollausschuß der Abrüstungskonferenz neue Vorschläge für die Regelung der Kontrollfrage übermittelt. Danach soll der künftige Ständige Abrüstungsausschuß, dem sämtliche, das Abrüstungsabkommen unterzeichnende Mächte angehören, dazu verpflichtet werden, alljährlich in jedem einzelnen Lande unterchiedslos eine Kontrolle über die Einhaltung des Abrüstungsabkommens vorzunehmen. Diese Kontrolle soll durch einzelne mobile Ausschüsse durchgeführt werden, die jedoch nur das Recht haben, Feststellungen vorzunehmen; über die sich hieraus ergebenden Folgerungen soll dann allein der Abrüstungsausschuß entscheiden. Die Kontrolle soll auch auf Dokumente ausgedehnt werden.

Verleumder Frankreich.

Amlich wird mitgeteilt: Trotz des amtlichen Dementis zu der unerhörten Pariser Lügenmeldung über angebliche Instruktionen an die ausländischen diplomatischen Vertreter Deutschlands seitens des Reichspropagandaministeriums steht „Petit Parisien“ seine Veröffentlichungen fort. Diese verleumderischen Behauptungen haben sogar unbegreiflicherweise in der englischen Presse hier und da Eingang gefunden. Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda sieht sich daher veranlaßt, folgendes zu erklären:

„Die Veröffentlichungen des „Petit Parisien“ über angebliche Geheiminstruktionen für die deutsche Außenpolitik tragen den Stempel der Unwahrhaftigkeit an der Stirn und stellen eine böswillige Erfindung dar mit dem offensichtlichen Zweck, die deutsche Außenpolitik zu diskreditieren und die Friedenspolitik der deutschen Reichsregierung zu fören. Die Behauptungen der Pariser Zeitung stellen sich schon deshalb als freie Erfindung dar, weil das Propagandaministerium technisch gar nicht in der Lage ist, Anweisungen an die deutschen diplomatischen Auslandsvertretungen zu erteilen oder Propagandastellen im Ausland mit Weisungen zu versehen, da solche Stellen in der ganzen Welt nicht gibt. Aus dem in der französischen Presse veröffentlichten Elaborat geht deutlich hervor, daß es sich hierbei um eine Zusammenstellung von Sätzen aus Reden und Schriften handelt, die viele Jahre zurückliegen, in der böswilligen Absicht, mit dieser Veröffentlichung die deutsche Außenpolitik in Mißkredit zu bringen und Deutschland zu schaden. Der Herausgeber dieser Lügenmeldungen ist entweder einer böswilligen Täuschung zum Opfer gefallen, oder selbst ein Verleumder. Es ist traurig, wenn durch solche Brunnenvergiftung die ehrliebe Friedenspolitik Deutschlands sabotiert wird.“

Das bekannte Pariser Blatt unterhält seit Jahren gute Beziehungen zur französischen Regierung. Es ist sehr merkwürdig, daß das Blatt mit seinem alten Mander gerade zu einem Zeitpunkt herauskommt, in dem Deutschland eben wieder einen neuen eindringlichen Beweis seiner klaren Friedenspolitik gegeben hat. Frankreich — der ewige Störenfried in Europa!